

DIETFURT (pm/psh) – Grünes Licht von „ganz oben“ für die Ortsumfahrung von Dietfurt: Der Referentenentwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans listet die B2-Umgehung für den Treuchtlinger Ortsteil im sogenannten „vordringlichen Bedarf“. Das bedeutet, die Straße kann – in welcher Form auch immer – in den nächsten Jahren geplant und gebaut werden.

„Das freut mich natürlich außerordentlich“, erklärte der CSU-Wahlkreisabgeordnete Artur Auernhammer gleich nach der Bekanntgabe des Entwurfs gegenüber unserer Zeitung. Der Oberhochstatter hatte sich im Vorfeld sehr für die Umfahrung stark gemacht. „Es war keine ganz einfache Sache, das durchzubekommen“, so der Bundestagsabgeordnete. „Wir waren in Sachen Dietfurt ständig unterwegs. Aber die Einstimmigkeit und das Engagement vor Ort haben bei Staatssekretärin Dorothee Bär gut gewirkt.“ Auch der Treuchtlinger Stadtrat hatte vom Verkehrsministerium einstimmig gefordert, die Umfahrung in den „vordringlichen Bedarf“ einzustufen.

Die Dietfurter Umgehung schließt eine Ausbautücke der vielbefahrenen Bundesstraße zwischen Nürnberg und Augsburg. Zwischen Nürnberg und Roth sowie Donauwörth und Augsburg ist die Fernstraße bereits vierspurig ausgebaut. Dazwischen wechseln sich zwei- und dreispurige Abschnitte ab. Ortsumfahrungen gibt es bereits fast überall – in der Region zum Beispiel bei Röttenbach, Monheim und demnächst auch bei Dettenheim.

Nach deren Bau verbleiben im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen zwei Nadelöhre: die Weißenburger „Hörnleinkreuzung“ und Dietfurt. Die Umgehung für den Treuchtlinger Ortsteil ist eine „grundlegende Verbesserung“ im Rahmen des Bundesfernwegeplans, was bedeutet, dass der Bund für sie bezahlen muss. Bei der Hörnleinkreuzung geht es dagegen um eine „Ertüchtigung“, die aus dem Topf des Ansbacher Straßenbauamts finanziert wird.

Grünes Licht aus Berlin:

Dietfurt bekommt seine Umgehung

Die ersehnte Ortsumfahrung steht im neuen Bundesverkehrswegeplan im „vordringlichen Bedarf“



An verkehrsreichen Tagen rollen auf der B2 bis zu 20.000 Fahrzeuge durch Dietfurt. Die Umfahrung verspricht dem Dorf nach langen Kämpfen endlich Entlastung. Foto: Shaw

„Ertüchtigung“, die aus dem Topf des Ansbacher Straßenbauamts finanziert wird.

Für Dietfurt hatte es bereits bei der letzten Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans im Jahr 2003 eine von der Stadt Treuchtlingen angestrebte Voruntersuchung gegeben. Der damalige Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe hatte seinerzeit zugesagt, die

Planung bis zur nächsten Fortschreibung (die turnusgemäß alle 15 Jahre erfolgt) voranzutreiben. Ob dies tatsächlich geschehen ist, ist allerdings unklar. Für die Dietfurter rückt mit dem jetzigen Papier auf jeden Fall eine Verkehrsentslastung in greifbare Nähe.

Zuletzt waren die Dietfurter im September 2014 medienwirksam gegen

den überbordenden Verkehr in ihrem Dorf auf die Straße gegangen – und zwar wörtlich. An einem Freitagnachmittag hatten sie kurzerhand ganz legal die Ortsdurchfahrt wechselseitig zugesperrt. Innerhalb einer halben Stunde hatte sich die Fahrzeuge kilometerweit bis nach Weißenburg und Langenaltheim gestaut.

Solche Aktionen sind nun wohl nicht mehr nötig – wobei der Ortsausschuss bereits damit gedroht hatte, dass Dietfurt ohne Entlastung im Zuge weiterer Proteste zu einem dauerhaften Problem für den Verkehr werden könnte. An manchen Tagen rollen bis zu 20.000 Fahrzeuge durch das Dorf, darunter auch eine Menge Schwerlastverkehr.

Mit dem Referentenentwurf ist der neue Verkehrswegeplan jedoch noch nicht beschlossen. Er muss noch durch den Bundestag. In den nächsten sechs Wochen können sich nun die Bürger zu den Vorhaben äußern. Erst danach wird entschieden, wo gebaut wird. „Dabei kann es noch zu Umwertungen kommen“, warnt Artur Auernhammer. Er appelliert deshalb an alle Unterstützer, sich im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung weiter für die Umgehung einzusetzen (Formular und Projektliste im Internet unter www.bmvi.de).

Vorerst unklar ist außerdem, ob die Dietfurter Umgehung das Dorf tatsächlich im Westen passieren soll, wie es Berechnungsgrundlage für die Bedarfsprüfung war. Wie Bürgermeister Werner Baum am Mittwochabend bei der Bürgerversammlung in Bubenheim (*Bericht folgt*) erklärte, würde diese Variante „mindestens sieben Brücken und massive Einschnitte in die Natur erfordern“. Eine Ost-Umgehung über die Jurakante sei aber wohl noch teurer. Auch eine Untertunnelung der Altmühl auf „einigen Hundert Metern“ wäre dem Rathauschef zufolge denkbar und gar nicht so abwegig, wie sie klingt.

Einen Zeitplan gibt es ebenfalls noch nicht. Grundsätzlich sollen Projekte im „vordringlichen Bedarf“ bis zur nächsten Fortschreibung des Verkehrswegeplans umgesetzt werden, also innerhalb der nächsten 15 Jahre. Bleibt die Frage, ob der Bund tatsächlich das Geld dafür in die Hand nimmt. „Wichtig ist aber erst einmal, dass wir drin sind“, so Bürgermeister Baum.